

Offener Brief an:

- DGB-Baden Württemberg
- ver.di- Baden-Württemberg und Bezirk Stuttgart

Zur Kenntnis:

- Stuttgarter Bündnis "Wir zahlen nicht für eure Krise"
- Bundeskoordination Krisenproteste
- labournet

Werte Kolleginnen, werte Kollegen,

mit großem Erstaunen, Enttäuschung und Zorn haben wir am Samstag, den 12 Juni, die Vorkommnisse auf der Abschlusskundgebung der Stuttgarter Demonstration „Wir zahlen nicht für eure Krise“ - "Gerecht geht anders" beobachtet.

Nicht nur, dass es einen Polizeieinsatz von der Bühne herab (mit Pfeffer- oder Tränengasspray) auf die Demonstration gab und die KundgebungsteilnehmerInnen von der Polizei gefilmt wurden, die ihren Unmut über den Redebeitrag des SPD-Vertreter Herrn Schmiedel und die VertreterInnen der Grünen mit Eier und Farbbeutelwürfe äußerten, nein, auch der Rapper, der es wagte, diese beispiellose Tatsache in seinem Beitrag zu kritisieren, wurde umgehend von der Bühne verwiesen und die Kundgebung wurde vorzeitig abgebrochen!

Uns stellen sich folgende Fragen:

1. Warum haben der DGB- und ver.di Stuttgart es ermöglicht, dass VertreterInnen der Parteien, die für Agenda 2010 und Hartz IV verantwortlich zeichnen, auf unserer Kundgebung das Wort ergreifen durften? Und das, obwohl die SPD nicht mal zur Demo aufgerufen hatte!

2. War es mit dem breiten Stuttgarter Bündnis einvernehmlich abgesprochen, dass VertreterInnen von Hartz IV, Agenda 2010 und Rente mit 67 sowie ein Befürworter des Projektes Stuttgart 21, reden konnten? Oder habt ihr Euch einfach über Absprachen mit dem breiten Bündnis hinweg gesetzt? Denn, wie die Moderatorin des DGB sinngemäß nach dem Polizeieinsatz meinte: "Wer zahlt, schafft an"?

2. War Euch nicht klar, dass dies verständlicherweise Unmut provozieren musste? Wohlgermerkt, der Unmut kam nicht nur aus dem Bereich der sogenannten "Autonomen", sondern stieß auf breite Zustimmung der Anwesenden, darunter vielen Erwerbslosen und KollegInnen und nicht zuletzt vieler AktivistInnen des gemeinsamen Bündnisses!

3. Sind Eier und Farbbeutel schon "Gewalt"(?) oder nicht eher Ausdruck davon, dass viele KollegInnen die Politik der SPD und der Grünen im sozialen Bereich ablehnen? Könnte es nicht sein, dass die Menschen die Nase voll haben und Ihr eigentlich die Aufgabe hättet, diese Menschen in ihrem Unmut zu stärken, um das größte Sparprogramm seit Bestehen der Bundesrepublik auf unseren Rücken weg zu streiken? Oder wollt ihr nur Dampfablasser spielen und wieder einmal der SPD und den Grünen ein Forum bieten?

4. Was ist undemokratisch und was ist Gewalt? Ein von der Regierung verordnetes Milliarden-

Sparprogramm, das mehrheitlich wir bezahlen sollen und das notfalls mit geballter Staatsgewalt gegen uns durchgesetzt werden soll, oder ist es undemokratisch bzw. "gewalttätig", wenn Menschen ihren Unmut gegen VertreterInnen dieser Politik auch mal mit ein paar frischen Eiern (sie waren nicht einmal faul!) und Farbbeutel äußern? Selbstverständlich unterstützen wir das Werfen härterer Gegenstände, wie Flaschen und Anderes, nicht!

5. Habt Ihr, die politisch Verantwortlichen für dieses Desaster, nicht von vorneherein damit gerechnet, dass die Redebeiträge der SPD und der Grünen auf Ablehnung stoßen könnten und deshalb schon sehr früh die Polizei auf der Bühne gelassen? (in voller Kampfmontur und gar zum Teil maskiert, als ob es um Terrorismusbekämpfung ginge!) Soll es nach eurer Meinung in Zukunft immer Polizeischutz (vor den berechtigterweise über diese Politik aufgebrachten Menschen) für VertreterInnen der SPD und Grünen auf einer DGB-Kundgebung geben?

6. Glaubt ihr, so das in den letzten Jahren bei vielen KollegInnen verloren gegangene Vertrauen in die Gewerkschaften zurück gewinnen zu können? Tragen solche Methoden nicht eher dazu bei, dass sich immer mehr Menschen enttäuscht von den Gewerkschaften abwenden werden?

7. Ist es unserem gemeinsamen Ziel; Verhinderung von weiterem Sozialabbau, Privatisierungen, Abwehr des Sparprogramms usw. usf., zuträglich, wenn ihr Kritik an dem Polizeieinsatz (wie von dem Rapper) durch Verweis von der Bühne einfach unterdrückt? Ist das Euer Verständnis von Demokratie?

Es kann nicht sein, dass VertreterInnen der Einheitsgewerkschaft DGB einverstanden sind, dass Repressionskräfte des Staates, der uns die Krisenkosten im Auftrag der Banken und Konzerne zahlen lassen will, gegen uns eingesetzt werden!

Es kann nicht sein, das der DGB - und ver.di meinen, dass mit solchen Methoden die "Ruhe" und die "Einheit" in unserem gemeinsamen Kampf wieder hergestellt werden kann. Im Gegenteil, solche Methoden schwächen unseren Kampf, sie werden langfristig gesehen den Gewerkschaften auf die Füße fallen! Gerecht geht - tatsächlich- ganz anders als ihr euch das anscheinend vorstellt!

Wir verlangen und erwarten von Euch, dem DGB und ver.di, in einer öffentlichen Erklärung:

- eine eindeutige Distanzierung von diesem Polizeieinsatz
- eine Absage an das undemokratische Verhalten der Kundgebungsmoderatorin gegenüber dem eingeladenen Künstler (Rapper)
- eine klare Entschuldigung an die KundgebungsteilnehmerInnen und Opfern des Polizeieinsatzes
- eine Zusage, dass künftig keine Redebeiträge auf Kundgebungen des Krisenprotestbündnisses zugelassen werden von VertreterInnen der Parteien, die verantwortlich sind für Sozialabbau, Agenda 2010, Hartz IV und Rente mit 67
- eine Zusage, dass in Zukunft DGB und Einzelgewerkschaften in einem gemeinsamen Bündnis ihre Bündnisfähigkeit unter Beweis stellen, indem andere "kleinere" Kräfte nicht übergangen werden, sondern diese gleichberechtigt behandelt und gemeinsam Entscheidungen getroffen werden.

Mit solidarischen und kämpferischen Grüßen
bundesweiter Arbeitsausschuss des Netzwerkes der Gewerkschaftslinken

Frankfurt am Main, 19.06.2010